

Nr. 513 | Mai 2021

3 INFO:3

Infoheft der Sozialdemokratischen Partei Zürich 3

SP

Editorial

LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER

Jüngst sah ich einen Dok-Film über Hass gegen LGBTQ+ (SRF, 08.04.2021). Eine junge Frau musste sich zwischen ihrer Leidenschaft – Musizieren auf der Bühne für eine bekannte Freikirche – und ihrer Liebe zu einer Frau entscheiden. Sie entschied sich für die Liebe. Die Kirche teilte ihr deswegen mit, sie sei nicht mehr für die Bühne geeignet, da die homosexuelle Liebe nicht bibelkonform sei. Es seien zwar alle willkommen, aber eben nicht auf der Bühne. Zur Begründung führte der Kirchensprecher u.a. aus, bei Greenpeace fahre ja auch niemand mit einem SUV herum. Es gehe eben um Authentizität.

Diese Analogie störte mich: Die sexuelle Orientierung ist die Fähigkeit, zu Personen desselben, eines anderen Geschlechts oder mehrerer Geschlechter hingezogen zu sein.

Dagegen ist der Mensch in der Wahl des geeigneten Fortbewegungsmittels frei. Es gibt legitime ideologische oder praktische Gründe, wieso ein Fahrrad, ein E-Auto, die Eisenbahn oder eben doch ein SUV erste und freie Wahl ist.

Die sexuelle Orientierung wird weder eine ideologische noch eine praktische Wahl, sondern eng mit der Persönlichkeit verbunden und darum durch unsere Verfassung besonders geschützt.

Samuel Schweizer



SP3-Mitglied und neu Co-Generalsekretär in Bern.

Aktuell » **Tom Cassee**

«ALS BEWEGUNG STARK»

An der Delegiertenversammlung vom 8. Mai wurde mit Tom Cassee ein langjähriges Vorstandsmitglied der SP3 zum neuen Co-Generalsekretär der SP Schweiz gewählt. Als Kampagnenprofi weiss er um die Wichtigkeit von Kommunikationskanälen jenseits der grossen Medienhäuser und hat für ein Interview im Infoheft dementsprechend sofort zugesagt. **Interview: Flavien Gousset**

Lieber Tom, endlich ist es so weit: Die SP3 hat die SP Schweiz übernommen. Hast du das mit Rebekka vor vielen Jahren genauso geplant?

Stimmt, Rebekka Wyler war unsere SP3-Sektionspräsidentin, aber jetzt lebt sie ja im Urnerland und ist in Erstfeld in der Gemeindeexekutive.

Um diejenigen mit auf die Reise zu nehmen, welche sich unter der Jobbezeichnung Generalsekretär nichts vorstellen können: Was macht ein Generalsekretär?

Ich sehe den Job so: Das Sekretariat in Bern so leiten, dass politische Veränderung möglich wird. Die politischen Positionen fassen wir als Partei in un-

seren demokratischen Gremien, daraus ergeben sich dann die Aufträge an uns. Meine Überzeugung ist, dass wir als Bewegung stark sind. Unsere Kampagnen funktionieren nur gemeinsam. Das Kapital der SP sind die 30'000 Mitglieder. Denn anders als die Konzerne und ihre Handlanger bei den bürgerlichen Parteien im Parlament haben wir hier einen entscheidenden Vorteil: das Engagement von unzähligen motivierten Menschen.

«ICH MÖCHTE, DASS ES FÜR DIE SEKTIONEN UND UNSERE MITGLIEDER EINFACH IST, SICH EFFEKTIV AN KAMPAGNEN ZU BETEILIGEN.»

Wenn du schon das Engagement der Basis ansprichst: Zuletzt warst du bei der Konzernverantwortungsinitiative tätig, für die ihr in der ganzen Schweiz hunderte Lokalkomitees aufgezogen habt. Wie froh bist du, bei der SP hier nicht wieder von vorne anfangen zu müssen?

Genau, für die Initiative haben sich 450 lokale Komitees mit Tausenden von Freiwilligen eingesetzt. Es ärgert mich immer noch sehr, dass wir das Ständemehr verpasst haben und die Konzerne deshalb weiterhin nicht geradestehen müssen, wenn sie Menschenrechte verletzen oder die Umwelt zerstören. Aber dieser Abstimmungskampf macht auch Hoffnung. Denn er hat gezeigt, dass sehr viele Menschen in diesem Land sich für politische Ziele einsetzen wollen. Die vielbesungene Politikverdrossenheit gibt es nicht! Aber zurück zu Deiner Frage: Im Vergleich zu den lokalen Komitees der Konzernverantwortungsinitiative hat die SP deutlich mehr Sektionen mit einer langen Geschichte. Das ist natürlich ein grosser Vorteil.

Einen Vorteil, den es unbedingt zu nutzen gilt. Gibt es dafür in deinen Augen Änderungsbedarf in der Weise, wie die Sektionen und die SPS zusammenarbeiten?

Ich möchte mithelfen, dass sich die

Sektionen und Mitglieder möglichst einfach an wichtigen Kampagnen beteiligen können. Das heisst: Wir können den Sektionen pfannenfertige Kampagnenelemente schicken. Das können Flyer, Postkarten oder auch Veranstaltungskonzepte sein. Ich möchte, dass es für die Sektionen und unsere Mitglieder einfach ist, sich effektiv an Kampagnen zu beteiligen. Gleichzeitig dürfen wir bei der SP Schweiz aber nicht vergessen, dass es auch äus-

serst wichtige Anliegen und Wahlen auf kantonaler oder städtischer Ebene gibt und auch dafür die Sektionen gefordert sind. Grundsätzlich sehe ich grosse Chancen in einer noch stärkeren Zusammenarbeit!

Über die Sektionen hinausgedacht: Wie würdest du den aktuellen Zustand der Sozialdemokratie in der Schweiz beschreiben?

Grundsätzlich bin ich optimistisch: Klima- und Frauenstreik zeigen, dass der Druck auf die Politik zunehmen wird, in zentralen Fragen vorwärtszumachen. Gleichzeitig gewinnt die SP seit einigen Jahren wieder an Mitgliedern und unser Co-Präsidium mit Mattea Meyer und Cédric Wermuth macht in der Corona-Pandemie sehr gute Arbeit. Die Ausgangslage ist also gut!

Ich teile deinen Optimismus. Trotzdem: Ein Sonntagsspaziergang werden die nächsten Jahre nicht. Wo liegen kurz- und mittelfristig in deinen Augen die grössten Herausforderungen?

Eine grosse Herausforderung ist die Medienlandschaft, welche für die Meinungsbildung wichtig ist. Heute kontrollieren die Konzerne wie Tamedia die wichtigsten Zeitungen. Sie kürzen in den Redaktionen immer mehr Jobs und verschlechtern so die Qualität. Wir

stellen auch fest, dass sich die CEOs immer weniger davor scheuen, redaktionell einzugreifen. Das heisst: Bei zentralen Fragen werden diese Medienkonzerne gegen uns anschreiben. Wir müssen uns deshalb fragen, wie wir die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land direkter erreichen können. Die sozialen Medien wie Facebook werden übrigens nicht die Lösung sein, denn auch hier wird immer mehr nur gesehen, wer bezahlt.

Das Antrittsgeschenk der Infoheft-Redaktion passt perfekt zu deinem letzten Punkt: Du darfst in unserer Titelgeschichte das Schlusswort haben. Danke für deine Zeit!

Die Juni-Abstimmungen sind äusserst wichtig. Deshalb mein Aufruf: Bitte unterstützt die Kampagne für das CO2-Gesetz tatkräftig. Wir müssen endlich erste kleine Schritte machen, um die Klimakrise anzugehen. Auf www.klimagerechtigkeit-ja.ch finden sich Vorschläge der SP Schweiz, wie wir gemeinsam die Abstimmung gewinnen können. <<

Impressum

[NR. 513]

Herausgeberin »

Sozialdemokratische Partei Zürich 3, Postfach, 8036 Zürich, info@sp3.ch, www.sp3.ch

Redaktion » Infogruppe SP3, Simon Bock, Kathrin Fink, Flavien Gousset, Roland Schaller, Eliane Schenk, Samuel Schweizer

Gestaltung » bmquadrat.ch

Jahrgang Info:3 » 48. Jahrgang

Auflage » 475 Exemplare

Druck » Inka Druck AG, Zürich, www.inka.ch

Rückblick Frauen-MV

DIE GLEICHSTELLUNG IST NOCH NICHT DA, WO SIE SEIN KÖNNTE

Die diesjährige Frauen-Mitgliederversammlung vom 4. Februar 2021 stand unter dem Motto «50 Jahre Frauenstimmrecht». **Text: Kathrin Fink**

«Als mir ein Lehrer in der Schule sagte, meine Prüfung sei nicht so wichtig, weil ich ja sowieso nicht abstimmen dürfte, entgegnete ich genervt: Ich darf schon noch mal abstimmen, und riss das Prüfungsblatt an mich.» So erzählt eine Genossin von ihren Erinnerungen aus Zeiten vor dem Frauenstimmrecht.

Die diesjährige Frauen-Mitgliederversammlung vom 4. Februar 2021 stand unter dem Motto «50 Jahre Frauenstimmrecht». Historikerin Eva Schumacher unterhielt die zugeschalteten Genossinnen mit einem spannenden Online-Referat, anschliessend wurde diskutiert und Erfahrungen ausgetauscht.

Der Konsens vieler SP3-Mitglieder ist, dass auch wenn heute die meisten Frauen Teil des Arbeitsprozesses, finanziell gut abgesichert und selbstbewusster sind, die Gleichstellung leider noch nicht da ist, wo sie sein könnte.



Foto: Austrian National Library

Gerade beim Thema Familienmodell ist ein Rückwärtstrend zu beobachten.

Gerade beim Thema Familienmodell ist ein Rückwärtstrend zu beobachten. Eine Genossin berichtet von jun-

gen Kolleginnen, die oft bei einer Heirat ganz selbstverständlich den Namen des Mannes annehmen. Ausserdem wird nach wie vor der Grossteil der Haus- und Familienarbeit von Frauen geleistet – wohlgerne gratis. So überrascht auch nicht, dass die Löhne in klassischen Frauenberufen, wie Pflege, Hauswirtschaft oder Kleinkinderbetreuung immer noch tief sind. Viele dieser Berufe sind historisch aus Gratis-Arbeit gewachsen.

Frauen würden auch in geschäftlichen Dingen zu wenig fordernd auftreten. Einige Genossinnen (mich eingeschlossen) geben zu, dass es ihnen schwerfällt Lohnverhandlungen zu initiieren oder auch nur in einer Diskussion das Wort zu führen.

Es ist also noch reichlich Entwicklungsbedarf vorhanden. Wir können nur auf die Zukunft hoffen und mit gutem Beispiel vorangehen. **«**

Anzeigen



edelmann energie

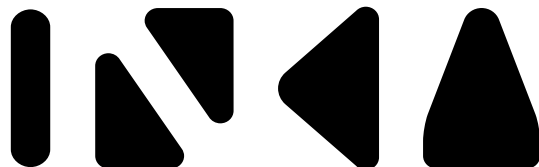
Energie und Nachhaltigkeit am Bau

Wir setzen SP-Politik in die Praxis um:

- Energie-Effizienz
- Erneuerbare Energien
- 2000-Watt-Gesellschaft

Allmendstrasse 149, 8041 Zürich
www.edelmann-energie.ch

links, ökologisch
und auch im Kreis 3
zu Hause



**INKADRUCK AG ZENTRALSTRASSE 156
CH-8003 ZÜRICH WWW.INKA.CH**

INKADRUCK produziert mit Ökostrom nature made star

Schulpräsidium Uto

MOTIVIERT FÜR DEN ZWEITEN WAHLGANG

Jacqueline Peter steigt mit einem schönen Vorsprung in den zweiten Wahlgang um das Schulpräsidium Uto. Aber: Zurücklehnen gilt nicht! **Interview: Roland Schaller**

Im ersten Wahlgang hast du ein ausgezeichnetes Resultat erzielt ...

... das auch dank dem Einsatz vieler Unterstützerinnen und Unterstützer möglich war! Der 7. März liegt inzwischen zwar gefühlt eine Ewigkeit zurück, doch die Freude über die Wahl in die Schulbehörde und die vielen Stimmen fürs Präsidium – insgesamt 41 Prozent der gültigen Stimmen gingen an mich! – dauert an und motiviert mich für den zweiten Wahlgang am 13. Juni.

Du hast einen engagierten Wahlkampf geführt, warst an vielen Standaktionen präsent und hast mit den Leuten diskutiert. Was hast du da über die Schule erfahren?

Ja, zum einen war ich an drei Samstagen an Standaktionen in Wollishofen und im Kreis 3 dabei und zum anderen gab es auch verschiedene Zoom-Anlässe: An 5 Abenden habe ich mit Roberto Rodriguez, Katrin Wüthrich und Katrin Meier zu Diskussionen mit verschiedenen Themenschwerpunkten eingeladen, ergänzend dazu gab es auch Online-Veranstaltungen mit allen drei Kandidierenden. Da kamen schon einige Themen wie Zuteilungsfragen, Personalführung und Räumlichkeiten zur Sprache! Was ich bei diesen Themen feststellen konnte: das Bedürfnis nach transparenter Kommunikation im Zusammenhang mit Entscheiden sowie auch den Einbezug von Betroffenen, wenn es darum geht, Entscheide zu treffen. Dabei handelt es sich um ein Bedürfnis,

das ich sehr gut nachvollziehen kann und das ich bestimmt nicht aus den Augen verlieren werde.

Welche schulpolitischen Themen rückst du nun ins Zentrum?

Ich bleibe bei meinem Kernthema, das ich auch als Wahl-slogan formuliert habe: «Für einen Lebensraum Schule, der allen gerecht wird!» Der Lebensraum Schule kann allerdings nicht präsidial bestimmt werden. Der Lebensraum Schule wird durch die Zusammenarbeit aller Beteiligten – Kinder, Eltern, Schulpersonal und Schulbehörden – gestaltet, da ist es wichtig, als Schulpräsidentin für gute Rahmenbedingungen wie z.B. motivierender Schul- und Freiraum zu sorgen.

Wie können dich die Mitglieder im Schlussspurt unterstützen?

Auch wenn ich im ersten Wahlgang deutlich am meisten Stimmen fürs Präsidium bekommen habe, so heisst das noch nicht mit Sicherheit, dass das im zweiten Wahlgang auch so sein wird: Auch am 13. Juni zählt jede Stimme!

Somit ist auch diesmal klar: Die Mobilisierung der Wahlberechtigten über Flyerverteilen an Standaktionen, SMS- und E-Mailschreiben oder auch über das direkte Gespräch mit Nachbar*innen, Freund*innen und Bekannten im Uto ist Unterstützung pur. Und dafür danke ich schon jetzt allen Genoss*innen! **◀◀**



Am 13. Februar bei eisiger Kälte mit Thomas Marthaler und Hanspeter Siegfried auf dem Friesenbergplatz (links).

Am 20. Februar bei Sonnenschein mit Beat Locher und Dimitris Savvasidis am Morgental in Wollishofen (oben).



Die Badi Letzigraben: Im Herbst 2018 ein Ort der Begegnung und der Kunst.

Gemeinderat

ZEITEN ÄNDERN SICH. DURCH UNS.

Weichen neu stellen – es ist «Zeit für die soziale Wende».

Mit diesem Slogan zum 1. Mai richtet nicht nur der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) den Fokus auf Veränderung. 2021 – ein Wendepunkt?!

Text: Duri Beer, Gemeinderat SP3, Mitglied der GPK

Das Pandemiejahr hat zu viel Leiden verursacht, die Arbeit flexibilisiert bis verunmöglicht und die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt. Die SP war im Gemeinderat die Lokomotive, die den Schaden maximal einschränken wollte und teilweise konnte. Mit finanzieller Unterstützung für die Gewerbetreibenden, Mieterinnen und Mitarbeitenden der Stadtspitäler, Alters- und Pflegezentren – ein Tropfen auf den heissen Stein. Denn Gesundheitspolitik wird in erster Linie in Bund und Kanton gemacht. Das System der «Fallpauschalen» ist grandios gescheitert, wie die WOZ in einer fundierten Recherche darlegt (WOZ Nr. 15; 15. April 2021). Wer sich darum foutiert, wird zum Teil des Problems. Wie in der Kinderbetreuung, den Kitas und den Tagesschulen – es braucht mehr Zeit, Luft und Raum für qualifizierte Mitarbeitende, die ihre Arbeit gut machen sollen und wollen. Es braucht endlich eine nationale Erbschafts- und Kapitalgewinnsteuer. Nebst der Legalisierung der sans-papiers.

Auch die Klimabewegung sieht einen Wendepunkt gekommen und ruft uns auf, am nationalen Aktionstag vom 21. Mai «Strike for future» einen Beitrag für einen langfristigen Wandel hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft zu leisten. Im März haben junge Leute in Kleingruppen fantasievoll ihren Protest und ihre Forderungen auf die Strasse getragen. Die Stadtpolizei hat sie erfasst, weggewiesen oder mitgenommen. Wie die Menschen, die sich am 7. März mit feministischen Forderungen in der Stadt gezeigt haben.

GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION

Mit der Frage, ob der Polizeieinsatz jeweils verhältnismässig war, befasst sich die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Gemeinderats. Ihre Aufgabe als zweite Aufsichtskommission – nebst der Rechnungsprüfungskommission (RPK) – ist es, «staatliches» Handeln des Stadtrats und der Verwaltung im Auge zu behalten und mit dem Blick zurück auf dessen Recht- und Zweckmässigkeit hin zu prüfen. Die Jahres-

berichte der städtischen Ombudsstelle, des Datenschutzbeauftragten, die Geschäftsberichte des Stadtrats und weiterer Institutionen bilden dabei die Grundlagen der Kommissionsarbeit. Zahlreiche weitere Geschäfte diskutiert die GPK geheim, wenn schützenswerte Interesse dies erfordern. Sie legt jedes Jahr einen Geschäftsbericht vor, den der Gemeinderat diskutiert.

Die Weichen für die Zukunft neu stellen will auch der kommunale Siedlungsrichtplan, den der Gemeinderat nach 19-stündiger Debatte der Bevölkerung vorlegt. Eine Alternative zur Zersiedelung, die Wachstum mit einer sanften Innverdichtung ermöglicht, die Bevölkerung ins Zentrum rückt, dringend benötigten bezahlbaren Wohn- und Grünraum schafft; unzählige Zäune und Mauern in unseren Quartieren niederreissen lassen könnte; Räume, Wege und Flächen öffnet und durchlässig macht. Wir brauchen offene Turnhallen, Sportplätze, Kulturzentren und Badis für alle Bewohnerinnen – wie die Badi Letzigraben auch im Winter – für alle Generationen. Orte der Begegnung – in der Romandie «courant normal». Und nicht die Aufwertung des Goldbrunnenplatzes, die Schliessung des Friedhofs Sihlfeld oder einen Quartierverein, der unsere Ziele torpediert. Viel Gutes können wir aber auch in unseren Genossenschaften noch anstossen.

DANKE

Die Zeiten ändern sich. Es ist Zeit – auch für mich – nach drei intensiven Wahlkämpfen die Weichen neu zu stellen und die Möglichkeit tausende Wiediker*innen im Gemeinderat zu vertreten in frische, energische Hände weiterzugeben. Ich bedanke mich herzlich für deinen Support all die ganzen Jahre für die Genoss*innen im Gemeinderat, eure Kritik, euer Engagement in den unzähligen Wahlkämpfen, Stand- und Strassenaktionen. Und ich freue mich aber gleichzeitig auch künftig wieder bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit euch in den Ring zu steigen, wenn wir die Weichen neu stellen. Denn es ist «Zeit für die soziale Wende». ◀◀

Petition

EINE SCHWEIZ FÜR ALLE

In einer Petition fordert die SP Schweiz das Stimmrecht für alle: Wer seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz lebt, soll hier mitbestimmen dürfen. Unabhängig von der Farbe des Passes. Das verändert nicht bloss die Stimmbevölkerung. Es verändert unsere Gesellschaft. **Text: Marco Geissbühler**

Was macht eine Demokratie demokratisch? Politikwissenschaftler:innen und Philosoph:innen haben Berge von Büchern zu diesem Thema publiziert. Je nach Perspektive betonen sie Aspekte wie Gewaltenteilung, Menschenrechte, Wahlverfahren mehr oder weniger stark. In einem Punkt sind sich aber alle einig: Wer von einer Regelung betroffen ist, soll mitbestimmen können, wie diese Regelung ausgestaltet ist. Das macht eine Demokratie aus.

Die Schweiz sieht sich gerne als Musterdemokratie. Gleichzeitig hat kaum ein anderer Staat das Frauenstimmrecht derart spät eingeführt. Gerade mal 50 Jahre ist es her. Für die Nachgeborenen heute beinahe unvorstellbar, wie die offizielle Schweiz (und die Mehrheit der männlichen Stimmberechtigten) den Frauen so lange die Mitbestimmung verweigern konnte.

DIE ROMANDIE IST WEITER

Auch 50 Jahre nach dem Frauenstimmrecht bleibt ein Viertel der Schweizer Bevölkerung von politischer Mitbestimmung ausgeschlossen. Rund zwei Millionen Menschen ohne Schweizer Pass leben hier. Sie bezahlen hier ihre Steuern, arbeiten hier, studieren hier, schicken ihre Kinder hier zur Schule, sind unsere Nachbar:innen und Freund:innen. Nur zu sagen haben sie in der offiziellen Politik nichts. Fast alle europäischen Staaten kennen inzwischen ein Stimmrecht für Ausländer:innen auf Gemeindeebene, auch wenn es sich in EU-Staaten oft auf Migrant:innen aus anderen EU-Staaten beschränkt. Selbst in den Kantonen der Romandie dürfen Menschen ohne Schweizer Pass auf kommunaler Ebene abstimmen und wählen. Nur die Deutschschweiz und das Tessin mauern.

Um dies zu ändern, lanciert die SP Schweiz nun gemeinsam mit verschiedenen migrantischen Organisationen eine Petition für ein Stimmrecht für alle (siehe Kasten). Gleichzeitig hat der Basler SP-Nationalrat Mustafa Atici einen entsprechenden Vorstoss auf Bundesebene eingereicht: Wer seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz wohnt, soll auf Gemeindeebene abstimmen und wählen können. Bereits haben 10'000 Personen die Petition unterzeichnet.

MEHR ALS NUR EIN ABSTIMMUNGSPROZEDERE

Die Stadt Zürich kämpft an vorderster Front für mehr Mitbestimmung. 2019 reichte der Stadtrat beim Kanton eine Be-

hördeninitiative für ein Ausländerstimm- und wahlrecht ein. Wer seit mindestens zwei Jahren hier wohnt, soll im Kanton Zürich auf Gemeindeebene mitentscheiden können. Die Einführung eines solchen Stimm- und Wahlrechts ist für Gemeinden freiwillig. Mit 87 Stimmen beschloss der Kantonsrat, das Anliegen vorläufig zu unterstützen. Damit haben wir in Zürich eine erste Hürde überwunden. Nun liegt der Ball beim Kantonsrat, eine entsprechende Verfassungsänderung auszuarbeiten und zu beschliessen. Das letzte Wort haben die Stimmberechtigten im Kanton – aktuell allesamt mit Schweizer Pass.

Das Stimmrecht für alle weist über die konkrete Änderung der Gesetze für Abstimmungen und Wahlen hinaus. In ihm schwingt die Vision einer Gesellschaft mit, an der alle Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, ihres Geschlechts oder ihres Vermögens gleichermaßen teilhaben können. Das Stimm- und Wahlrecht beeinflusst, wessen Stimmen und Anliegen öffentlich gehört und ernst genommen werden. Je gerechter das Stimmrecht, desto gerechter die Entscheide. Das hat sich beim Frauenstimmrecht gezeigt. Erst mit dem Frauenstimmrecht hat die Schweiz zum Beispiel das Eherecht geändert, damit Ehefrauen nicht mehr die Erlaubnis ihres Mannes brauchten, um arbeiten zu dürfen. Erst das Stimmrecht für alle macht unsere Gesellschaft zu einer Gesellschaft für alle. **«**

**[JETZT
UNTERSCHREIBEN!]**

Die SP Schweiz fordert die Einführung des Stimm- und Wahlrechts für alle, die seit mindestens fünf Jahren in der Schweiz wohnen. Hier kannst du die Petition unterschreiben:

stimmrechtfueralle.ch

Immobilienaufwertung im Kreis 3

WEM SOLL DIE STADT GEHÖREN?

Im Rahmen des durch Crowdfunding finanzierten Projekts «Wem gehört Zürich?» hat Tsüri.ch am Beispiel der Lang- und der Weststrasse eine grosse Recherche zum Thema Bodenbesitz durchgeführt. **Text und Fotos: Eliane Schenk**



Unvorstellbar, dass hier früher täglich 20'000 Autos über den heute so idyllischen Brupbacherplatz rollten.

Der Brupbacherplatz am Wochenende: Die Leute geniessen den Sonnenschein, essen Eis, sitzen gemütlich unter den Bäumen. Seit Ende März kann man jeden Samstag auf dem Brupbi-Märt herumflanieren, frisches Gemüse kaufen und sich an Food-Ständen verköstigen. Unvorstellbar, dass hier früher täglich 20'000 Autos über den heute so idyllischen Platz und durch die Weststrasse rollten.

Der Lärm der Lastwagen, die schlechte Luft und der Feinstaub in den Wohnungen wünscht sich wohl niemand zurück. Die Verkehrsberuhigung, die mit der Westumfahrung einherging, brachte Lebensqualität ins Quartier. Doch nicht alle profitierten von dieser Entwicklung. 2011 flatterte bei über der Hälfte der Mieter*innen an der Weststrasse die Kündigung ins Haus. Die Wohnungen wurden saniert und die Mietpreise explodierten. Wer profitierte

von diesem Wandel? Wem gehören die Grundstücke, deren Werte durch die Decke gingen?

VERKEHRSBERUHIGUNG ALS GOLDGRUBE

Im Rahmen des durch Crowdfunding finanzierten Projekts «Wem gehört Zürich?» hat Tsüri.ch am Beispiel der Lang- und der Weststrasse eine grosse Recherche zum Thema Bodenbesitz durchgeführt. Per Bundesgerichtsurteil wurden Daten beim Grundbuchamt angefordert und im Anschluss ausgewertet. Die Resultate beantworten Fragen nach den Eigentümer*innen mit den meisten Grundstücken, nach jenen mit den grössten Flächen und danach, wann die Parzellen zuletzt verkauft worden sind.

Die Recherche hat gezeigt, dass der Grundbesitz weder an der Lang- noch an der Weststrasse von grossen Play-

ern dominiert wird. 75 bebaute Parzellen an der Weststrasse verteilen sich auf 69 verschiedenen Eigentümer*innen. Es verfügen also viele verschiedene Personen und Firmen über einzelne Parzellen. Ein Verkauf der Liegenschaften im grossen Stil fand nach der Aufwertung der Weststrasse nicht statt. Warum sollte man auch ein Grundstück verkaufen, dessen Besitz nun so viel höhere Mieteinnahmen und Renditen verspricht?

Wer vor Jahrzehnten ein Grundstück an der Weststrasse gekauft hatte, sass nach der Verkehrsberuhigung über Nacht und ganz ohne aktives Zutun auf einer Goldgrube. Doch was ist mit den ehemaligen Mieter*innen passiert? Wohin sind die Menschen gezogen, die hier günstig wohnten und dafür den Lärm und Dreck der Autos in Kauf nahmen? Zahlen der Stadt Zürich machen deutlich, dass vor allem Menschen mit kleinen Einkommen ohne Schweizer Pass weggezogen sind, während besser verdienende Schweizer*innen und Expats die neu renovierten Wohnungen übernahmen. Dazu, wohin die ehemaligen Anwohner*innen gezogen sind, existieren praktisch keine Daten.

WAS TUT DIE STADT?

Wer trägt die Verantwortung für die steigenden Mietpreise, welche die neue Wohnqualität zu günstigen Bedingungen verunmöglichen? Bald wurden kritische Stimmen laut. Die Stadt Zürich hätte frühzeitig Boden und Liegenschaften an der Weststrasse kaufen müssen, um die Explosion der Mietpreise zu verhindern. Schliesslich habe man lange vor der anstehenden Verkehrsberuhigung gewusst, dass die Lage attraktiv und damit teuer werden würde. Dennoch wurde kein einziges >

> Grundstück erworben. Die bestehenden Eigentümer*innen forderte man lediglich in einem Brief auf, «sozialverträglich» mit der neuen Situation umzugehen. Der Appell ans soziale Gewissen zeigte bekanntlich wenig Wirkung.

Die Ereignisse an der Weststrasse bilden nicht das letzte Kapitel der Immobilienaufwertung. Richtet man etwa den Blick auf die geplante Verkehrsberuhigung an der Rosengartenstrasse, stehen wir vor weiteren grossen Herausforderungen in Bezug auf gerechtes Wohnen. Es gilt, Vorkaufsrechte zu sichern und Genossenschaften sowie Stiftungen zu stärken. Schliesslich steht die Stadt in der Verantwortung, die

angenommene Initiative für bezahlbare Wohnungen umzusetzen und damit einen Drittel der Mietwohnungen zu gemeinnützigem Wohnraum zu machen. Nur so ist Wohnen zu angemessenen Bedingungen möglich und die so geschätzte Bevölkerungsvielfalt in der Stadt gewährleistet. «

Agenda

[MAI]

Donnerstag, 23. Mai 19 Uhr
**Mitgliederversammlung SP3:
 99%-Initiative der JUSO**
 Online via Zoom

[JUNI]

Sonntag, 13. Juni
**Abstimmungssonntag &
 2. Wahlgang Schulpräsidium**

Samstag, 26. Juni (bei schönem Wetter); Verschiebedatum: 3. Juli
Vernetzungstreffen SP3 Frauen

[JULI]

Dienstag, 6. Juli
**Nominationsversammlung SP3
 für Gemeinderatswahlen**

Samstag, 10. Juli
Grillfest SP3

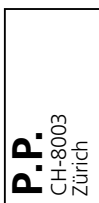
Geburtstage

[WIR GRATULIEREN]

» **Alfred Bartholet**
 am 15. Mai zum 84. Geburtstag

» **Bruno Cannello**
 am 17. Mai zum 83. Geburtstag

Herzlichen Glückwunsch!



A-PRIORITY

